

«Es gibt keine Alternative zu Jordan»

BERN. Der Rücktritt von Nationalbankchef Hildebrand hat Peter V. Kunz überrascht. Der Professor für Wirtschaftsrecht an der Uni Bern fürchtet um den Umgang mit Amtsträgern, wünscht professionelle Bankräte und sieht in Thomas Jordan den idealen Nachfolger.

INTERVIEW: SIMON HUNGERBÜHLER

Nationalbankpräsident Philipp Hildebrand hat sein Amt zur Verfügung gestellt und seine Beweggründe an einer Medienkonferenz erläutert. Wie haben Sie seinen Auftritt erlebt?

Peter V. Kunz: Die Situation hat mich beelendet. Ich konnte nicht nachvollziehen, warum Philipp Hildebrand zurückgetreten ist. Und wenn ich unzynisch unterstelle, es stimme, was Hildebrand bis jetzt gesagt hat – und ich habe noch nichts anderes gehört –, ist es bedenklich, dass man einfach unter dem Druck von Gerüchten solche Positionen aufgeben muss.

Hildebrand sagte, er trete zurück, weil er seine Unschuld nicht beweisen könne. Das ist unüblich: Bistlang war doch jemandem eine Schuld zu beweisen?

Das ist ja das Traurige. Durch die Kritik in den Medien und der Politik ist juristisch gesprochen eine Beweislastumkehr entstanden. Das finde ich unglaublich. Hildebrand konnte gar nicht mehr tun, als das, was er gemacht hat. Eigentlich hätten die Leute, die ihn kritisierten, Beweise bringen müssen. Wenn das das Muster für den künftigen Umgang mit hohen Amtsträgern sein soll, dann weiss ich nicht, wo das noch hin-

führt. Hildebrand war nicht irgendein Gemeindepräsident, sondern der wichtigste Amtsträger in der Schweiz.

War ein Rücktritt wirklich notwendig?

Heute nicht. Am vergangenen Donnerstag hatte Hildebrand einen souveränen Auftritt. Und in den letzten Tagen war die Kritik an ihm erheblich zurückgegangen. Er war nicht mehr im Fokus der «Affäre». Man hat plötzlich über die Bank Sarsin gesprochen, die SVP oder den Bankrat. Umso unverständlicher finde ich es, dass er zurückgetreten ist.

Hildebrand sagte, die Glaubwürdigkeit sei das höchste Gut der SNB. Lässt sich sein Rücktritt vor diesem Hintergrund verstehen?

Zuerst wollte er sicher die Institution Nationalbank schützen. Er war sich wohl bewusst, dass die ganze Geschichte, hätte sie noch weiter vor sich hingemodert, zu einem Problem geworden wäre. Ich glaube aber auch, dass er ein zweites, persönliches Motiv hatte und seine Familie vor der öffentlichen Aufmerksamkeit schützen wollte.

Hildebrand war acht Jahre im Direktorium der Nationalbank. Welches sind seine herausragendsten Leistungen?

In seine Zeit fallen zwei markante Ereignisse: die Rettung der UBS und die Festlegung einer Wechselkursuntergrenze zum Euro. Wichtige Arbeit hat er auch bei der Verschärfung der Stabilitätskriterien, Stichwort «Too big to fail», geleistet. Persönlich finde ich, war die Arbeit von Hildebrand sehr gut. Ich möchte aber anmerken, dass man seine Leistung auch nicht überschätzen sollte. Das Direktorium der Nationalbank besteht aus drei Personen.

Der Bundesrat muss nun einen Nachfolger bestimmen. Gibt es geeignete Kandidaten?

Im konkreten Fall gibt es keine Alternative zu Thomas Jordan – und das ist auch gut so. Jordan ist einer der zwei bisherigen Vizedirektoren und hat

bereits bis auf Weiteres den Vorsitz des Direktoriums übernommen. Er ist ein hervorragender Zentralbanker und ist qualitativ mindestens so gut wie Philipp Hildebrand.

Hat Hildebrands Rücktritt Folgen für die Nationalbank?

Nicht wenn die Verantwortlichen schnell reagieren. Nationalbank und Bundesrat sind aufgefordert, sofort die

Nachfolge zu regeln – und zwar definitiv. So zeigte man Stärke, damit man auch im Ausland sieht und glaubt: Auch der neue Präsident wird die Wechselkursuntergrenze von 1.20 Franken pro Euro verteidigen. Danach geht es darum, die Glaubwürdigkeit der Nationalbank wiederherzustellen. Das heisst, dass dieses ominöse Reglement zügig überarbeitet wird.

Was sind dabei die zentralen Punkte?

Im Vordergrund steht die Regelung über die Zulässigkeit von Devisentransaktionen durch die Direktoren der SNB und neu auch der Mitglieder des Bankrates. Das derzeitige Reglement gilt nur für die Direktoren. Interessanterweise ist es bei der Europäischen Zentralbank nicht so. Dort gelten die Regelungen auch für die Bankräte.

Dann ist die Schweizer Regelung lauscher als jene der EU?

Ja. In der EU sind Devisentransaktionen prinzipiell verboten. Nur gewisse Ausnahmen sind zugelassen. In der Schweiz ist es genau umgekehrt. Hier lässt man Devisentransaktionen zu, ausser sie seien ausdrücklich verboten. Es wäre also sicher ein erster Ansatz, dass man einen Systemwechsel vornehmen würde hin zu einem Verbot mit Erlaubnisvorbehalt.

Wer trägt die Verantwortung für das heutige, schwache Reglement?

Die Verantwortung liegt beim Bankrat. Dieser muss sich die kritische Frage stellen lassen, ob man bei der Nationalbank die Corporate Governance verschlafen hat. In der Privatwirtschaft ist die Corporate Governance, also das Einhalten von Unternehmenskontrollgrundsätzen, ein wichtiges Thema. Sie gilt aber auch für Staatsbetriebe. Die Eidgenossenschaft hat eigene Regeln zur Corporate Governance, deren Umsetzung hier aber schiefgelaufen ist.

Dann könnte das schwache Reglement Konsequenzen für den Bankrat haben?

Seit vielen Jahren kritisiere ich vor meinen Studenten, dass der Bankrat falsch zusammengesetzt ist. Ich konnte einfach nie belegen, dass Fehler passiert sind. Durch diese Vorkommnisse habe ich jetzt ein Beispiel. Das Problem des Bankrates ist tatsächlich, dass er aus Interessenvertretern besteht, solchen von Wirtschaft, Gewerkschaft, Kantonen. Es sind keine Überwachungsfachleute. Es liegt an Bundesrat und Parlament, Regelungen vorzusehen, dass im Bankrat primär Bankfachleute sind und keine Interessenvertreter. Der Bankrat der Nationalbank ist dringend zu professionalisieren.

«Nationalbank und Bundesrat sind aufgefordert, sofort die Nachfolge zu regeln»

«Das Problem des Bankrates ist, dass er nicht aus Fachleuten besteht»

Blocher ortet weitere Vertuschungen

BERN. Die SVP und ihr Vizepräsident Christoph Blocher sehen sich in ihrer Kritik am zurückgetretenen Nationalbankpräsidenten bestätigt. Nun müsse alles politisch untersucht werden, fordert der SVP-Nationalrat. Er vermutet noch mehr Skandale.

SVP-Nationalrat Christoph Blocher begrüsst den Rücktritt von Nationalbankpräsident Philipp Hildebrand. Dieser hätte sein Amt nicht mehr ausüben können, sagte Blocher gestern vor den Medien. Dass seine Attacke auf Hildebrand letztlich der Nationalbank und am Ende den Unternehmen schaden könnte, verneinte Blocher. Vielleicht leide das Ansehen der Schweiz etwas, sagte er. Er glaube jedoch nicht, dass der Rücktritt des SNB-Präsidenten für den Franken eine Bedeutung habe. Auf die Frage, ob die SVP ihr Ziel erreicht habe, sagte er: «Wir haben nicht so bescheidene Ziele.»

«Wir destabilisieren Personen»

Blocher stritt auch ab, dass es ihm darum gehe, Institutionen zu destabilisieren, wie Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf dies jüngst suggeriert habe. «Wir destabilisieren höchstens Personen, die ihre Verantwortung nicht wahrnehmen», sagte der SVP-Strategie. Zwar habe die SVP schon vor einem Jahr den Rücktritt Hildebrands gefordert, räumte er ein. Damals sei es aber um Verluste der Nationalbank wegen Euro-Käufen gegangen. Dass die Schweiz wegen Hildebrands Rücktritt den Sitz im Financial Stability Board verliert, sieht Blocher auch nicht als Problem. Für den Nationalbankpräsidenten habe der Einsitz im Gremium zur Regulierung der Finanzmärkte einen Interessenkonflikt dargestellt.

Hart ins Gericht ging Blocher mit dem Bankrat. Dieser und der Bundesrat haben seines Erachtens ihre Aufsichtspflichten nicht wahrgenommen. Der Bundesrat habe mit Hinweis auf die Unabhängigkeit der Nationalbank



«Wer das Bankkündengeheimnis bricht, muss belangt werden», sagt SVP-Nationalrat Christoph Blocher. Bild: key

«alles unter den Tisch gewischt». Diese Unabhängigkeit möchte Blocher einschränken: «Die Nationalbank muss zwar unabhängig sein, darf aber nicht tun, was sie will.» Mit dem Rücktritt Hildebrands ist für Blocher die Affäre noch lange nicht zu Ende: Bankratspräsident Hansueli Ragenbass werde sich seiner Ansicht nach ebenfalls nicht halten können, stellte er fest. Weiter bekräftigte er seine Forderung nach einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Denn für Blocher scheint klar, dass noch weitere Bundesstellen Insiderwissen missbraucht haben dürften, um Währungsgeschäfte zu tätigen. Konkreter wurde er aber nicht.

Fest steht, dass sich das Parlament in einer Sondersession mit dem Thema

befassen wird. Die nötigen Unterschriften sind laut Blocher beisammen. Die Aufsicht über die Schweizerische Nationalbank funktioniere nicht, und dies sei gravierend. Das Parlament habe dafür zu sorgen, dass sie funktioniere. Blocher sprach von einer «äusserst gefährlichen» Gewaltvermischung. Es sei in den letzten Tagen nicht klar gewesen, ob Hildebrand der Chef von Widmer-Schlumpf sei oder umgekehrt.

Keine Bankauszüge vorgelegt

Zu seiner eigenen Rolle in der Affäre – er hatte sich mit Informationen über Hildebrands Banktransaktionen an den Bundesrat gewandt – gab Blocher nichts Neues bekannt. Er wiederholte frühere Aussagen, wonach er dem Bun-

desrat keine Bankauszüge vorlegte, stritt allerdings nicht ab, dass er andere Dokumente vorlegte. Blocher sieht in seinem Vorgehen auch keine Verletzung des Bankgeheimnisses und keinen Widerspruch zu dessen Verteidigung durch die SVP. «Wer das Bankkündengeheimnis bricht, muss belangt werden», konstatierte er. Es sei dann am Gericht, zu beurteilen, ob es übergeordnete Interessen gegeben habe.

Nicht äussern wollte sich Blocher zur Frage, ob er die Wahl von Thomas Jordan, welcher die SNB interimistisch leitet, zum neuen Nationalbankpräsidenten begrüssen würde. Wenn er Jordan lobe, werde dieser nicht gewählt, und wenn er ihn kritisiere, werde er womöglich deswegen gewählt. (sda/mob)

Vizepräsident Jordan steht für Führung bereit

BERN. Während sich mit Thomas Jordan, Vizepräsident der Nationalbank, ein schneller Wechsel im Präsidium der Nationalbank abzeichnet, sieht der Bankrat keinen Handlungsbedarf.

Thomas Jordan, Vizepräsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB), bedauerte gestern vor den Medien den Rücktritt von Philipp Hildebrand als SNB-Präsident. «Wir verlieren einen hervorragenden Kollegen», sagte Jordan (Bild), der nun bis auf Weiteres den Vorsitz im SNB-Direktorium übernimmt. Zugleich signalisierte Jordan die Bereitschaft, dieses Amt auch dauernd zu übernehmen. Er sei bereit, die definitive Nachfolge des zurückgetretenen SNB-Präsidenten zu übernehmen, sagte Jordan. Dies, wenn der Bundesrat ihm die Aufgabe zutraue. Wichtig sei es nun, dass rasch Ruhe in die SNB zurückkehre, betonte Jordan.



Zur Affäre äusserte sich auch Bankratspräsident Hansueli Ragenbass. Dem Bankrat als Aufsicht über die SNB wurde eine «geschönte» und zu unkritische Beurteilung der Affäre Hildebrand vorgeworfen. Für Ragenbass steht ein Rücktritt nicht zur Debatte. Er ginge nur, wenn er den Eindruck hätte, der Nationalbank zu schaden. Er sei der Meinung, seine Aufgabe richtig wahrgenommen zu haben, sagte er. Der Bankrat habe keine Aufsichtspflichten verletzt. «Der Bankrat braucht jetzt Kontinuität. Es wäre nicht gut, wenn auch noch im Bankrat eine Destabilisierung erfolgte.» Eine Expertenkommission prüft nun, ob es von 2009 bis 2011 zu umstrittenen Transaktionen der sechs Mitglieder des Erweiterten Direktoriums gekommen ist. Jordan sagte vor den Medien, er habe in den letzten Jahren keine derartigen Geschäfte getätigt. (sda)